

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

18.4.1869 (No. 91)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. April.

II. 91.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einzahlungsgebühr: die gepostete Postzeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Telegramme.

Wien, 17. Apr. Nach der „N. Fr. Presse“ wird in Abgeordnetentreiben die Ernennung Taaffe's zum Ministerpräsidenten als vollzogen betrachtet. Ein begünstigtes Kaiserl. Handschreiben soll dem Grafen Taaffe während der heutigen Unterhausung zugekommen sein.

Brüssel, 16. Apr. Die „Indep. Belge“ meldet: In dem bei Mons belegenen Ortschaften haben die Arbeiterunruhen einen bedenklichen Charakter angenommen. Bei Camerics droht die Arbeiter mit Zertrümmerung der Maschinen, bei Duaregnon haben sich 3000 feiernde Arbeiter zusammengetrotet.

London, 17. Apr. Das Unterhaus hat in seiner gestrigen Sitzung das Amendement Disraeli's, welches der irischen Kirche den staatlichen Charakter zu bewahren bezweckt, mit 344 gegen 123 Stimmen verworfen.

## Deutschland.

München, 16. Apr. Durch Königl. Entschliessung vom gestrigen Tag wird die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags bis zum 27. April einschliesslich verlängert.

Darmstadt, 15. Apr. (Fr. Z.) Die durch die preussischen und die mit denselben verbündeten Truppen während ihres Aufenthaltes im Großherzogthum in 1866 verursachten Kriegskosten beziffern sich nach der jetzt veröffentlichten Aufstellung auf 651,290 fl. Durch Gesetz vom 12. Mai v. J. ist jedoch der in einzelnen Provinzen und einzelnen Städten unter dem Druck der Verhältnisse damals auferlegte außerordentliche Aufwand dadurch auszugleichen, daß sämtliche zur Annahme gekommenen Kosten auf die Steuerkapitalien jeder einzelnen Gemeinde reparirt werden. Die Staatskasse übernimmt vorläufig die Auszahlung, und ist es den einzelnen Gemeinden gegen Zinsvergütung ermöglicht, die Herauszahlung bezw. Nachzahlung im Lauf der nächsten Jahre abzutragen. Außer Darmstadt, welches den höchsten Betrag (70,903 fl.) anzuspreden hat, haben Mainz über 31,000 fl., Offenbach beiläufig 13,000 fl., und selbst kleinere Orte der Provinz Starcken Beiträge bis zu 10,000 fl. zurückzuführen.

Hannover, 14. Apr. Der Justizminister hat, nach der „Hg. f. Nordd.“, bei einer Anzahl hahnoverscher Obergerichtsräthe angefragt, ob ihnen die Ernennung zu Appellationsgerichts-Räthen in den alten Provinzen erwünscht sei, und ein Mitglied des hiesigen und eines des Stöttinger Obergerichts, zu deren Ersatz altpreussische Richter bestimmt seien, haben sich bereit erklärt. Bekanntlich gestattet das mit den Kammeren verabschiedete Gesetz die Versetzung von Richtern der neuen Provinzen in die alten, jedoch nicht wider ihren Willen.

Schwerin, 14. Apr. (Hamb. Nachr.) Das liberale Wahlkomitee in Rostock zeigt den betreffenden Wählern von Mecklenburg-Schwerin an, daß die früher aufgetragenen Gelder zur Entschädigung der liberalen Abgeordneten im Reichstage vollständig verwendet sind, und richtet an sie die dringende Bitte, wiederum Beiträge zu sammeln und aufzubringen.

Von der Elbe, 15. Apr. Ueber die Beschlüsse, welche am 27. Februar Ritter und Landschaft des Herzogthums Lauenburg in Betreff der Einverleibung Lauenburgs in die preussische Monarchie gefaßt haben, theilt jetzt, also nach sieben Wochen, die „Lauenb. Ztg.“ Folgendes mit:

Der Antrag der Abgg. Bafedow, Ebbike und Jenkel, wegen Einverleibung des Herzogthums Lauenburg in das Königreich Preußen, nahm die Thätigkeit der Versammlung lebhaft in Anspruch. Zuerst beantragte der Landtagspräsident, die Regierung aufzufordern, eine beschließliche Vorlage zu machen, wogegen der Landmarschall sich in Uebereinstimmung mit den Antragstellern dafür erklärte, einen Antrag mit bestimmten Bedingungen zur Einverleibung an die Regierung zu richten und diese zur Grundlage der Unterhandlungen zu machen, wobei er sich aber ausdrücklich gegen eine von den Antragstellern gemachte Bedingung erklärte, daß nämlich der Meiernerus unentgeltlich aufgehoben werde. Nach einer sehr eingehenden ausführlichen Erörterung einigte man sich über folgende aufzustellende Bedingungen: Uebernahme sämtlicher bestehenden oder noch aufzubauenden Landesschulden durch die Finanzen des Königreichs Preußen; Forderung eines Fonds für die demnächstigen Kreis- oder Bezirksbedürfnisse; Uebernahme der erforderlichen Vermessungs-, Bonitirungs- und Charitativkosten wegen Einführung der preussischen Grundsteuer durch die preussischen Finanzen; Gewährung einer Uebergangszeit zur Aufhebung der bisherigen lauenburgischen und Einführung der preussischen Steuerverfassung; das Herzogthum soll auch in Zukunft in administrativer, judizialer und provinzieller oder kommunaler Beziehung eine Einheit bilden; die Mitwirkung der jetzigen Landesverwaltung bei und während der Einverleibung bleibt in Kraft, bis die erforderlichen Veränderungen vollzogen sind. Auf Antrag des Abg. Wehr, der sich über eine Abänderung in der Fassung desselben mit dem Landmarschall verständigte, beschloß Ritter- und Landschaft: „mit Beziehung auf den vorliegenden Antrag wegen Inkorporation des Herzogthums Lauenburg in das Königreich Preußen und mit Beziehung auf die über denselben in heutigen Landtag stattgehabte Verhandlung der Königlich-herzoglichen Staatsregierung ihre Genehmigung zu erkennen zu geben, wegen Einverleibung des Landes in Unterhandlung zu treten, und Vorschläge in dieser Beziehung von hochberufenen entgegenzunehmen.“ Schliesslich kam noch ein Schreiben der Regierung zur Berathung, betr. die Herbeiführung eines Schiedsrichterspruches zwischen Preußen und Lauenburg über die Frage wegen Herbeiziehung Lauenburgs zur Vereinigung und Tilgung der nach den Art. VIII.-X. des Friedensvertrags vom 30. Okt. 1864 von der Erbherzogthümern an Dänemark zu entrichtenden Schuld, abseiten des Königl. Ober-Appellationsgerichts in Berlin, und ward beschlossen, das Landratskollegium zu beauftragen und zu ermächtigen, nach seinem Ermessen die Vorlage zu erledigen.

zu erkennen zu geben, wegen Einverleibung des Landes in Unterhandlung zu treten, und Vorschläge in dieser Beziehung von hochberufenen entgegenzunehmen.“ Schliesslich kam noch ein Schreiben der Regierung zur Berathung, betr. die Herbeiführung eines Schiedsrichterspruches zwischen Preußen und Lauenburg über die Frage wegen Herbeiziehung Lauenburgs zur Vereinigung und Tilgung der nach den Art. VIII.-X. des Friedensvertrags vom 30. Okt. 1864 von der Erbherzogthümern an Dänemark zu entrichtenden Schuld, abseiten des Königl. Ober-Appellationsgerichts in Berlin, und ward beschlossen, das Landratskollegium zu beauftragen und zu ermächtigen, nach seinem Ermessen die Vorlage zu erledigen.

Berlin, 16. Apr. Sitzung des Reichstags vom 16. April.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Antrags der Abgg. Twesten, Graf zu Münster und Genossen, wegen Einsetzung verantwortlicher Bundesministerien, namentlich für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Krieg, Marine, Handel und Verkehrswesen. Zuerst nimmt das Wort zur Begründung des Antrags der Abg. Twesten: Nach Ansehen sei man nicht vorwärts gekommen, es sei auch keine Aussicht dazu. Die Hoffnungen, die man an das Zollparlament geknüpft, hätten sich nicht bewährt. Deswegen dringender sei es zu raten, auf dem Weg der innern Entwicklung vorzugehen; dazu gehöre vor Allem eine geregelte Regierungsgewalt, die man eben nur in verantwortlichen Ministerien gewinnen könne.

Abg. Graf zu Münster: Ihm wäre ein Antrag auf Revision der Bundesverfassung lieber gewesen. Er hoffe jedoch, daß, indem der vorliegende Antrag angenommen werde, man einsehen werde, daß eine föderative Verfassung nicht passe, daß die Spitze der Verbindung so vieler Staaten eine monarchische sein müsse. (Hört!) Er bitte den großen Staatsmann, der sich im Hause befinde, den Antrag als ein Vertrauensvotum anzusehen! (Andauernde Heiterkeit.) Deutschland sei der Centralbahnhof von ganz Europa geworden: da könne nur ein Direktor Ordnung schaffen.

Abg. v. Arnim (Magdeburg): Er stehe allen revolutionären Tendenzen fern und hege das höchste Vertrauen und die größte Verehrung für den Hrn. Bundeskanzler, für den der Antrag keineswegs ein Mißtrauensvotum sein solle; aber dieser müßte ein Riese an Körper sein, wie er an Geist sei, wenn er die gegenwärtige Stellung durchzuführen wolle. Die preuss. Verfassung spreche auch von verantwortlichen Ministern. Die Verantwortlichkeit werde den Bundesministern eine ganz andere Stellung geben. Die Zwecke des Bundes seien gar nicht zu erreichen, ohne besondere Minister.

Abg. v. Blanckenburg: Er finde es sehr sonderbar, daß, wenn man den Hrn. Bundeskanzler ein Vertrauensvotum geben wolle, man damit anfangs, seine Thätigkeit zu beschränken. Er hoffe, daß die zahlreichen Unterdrückten nicht die Nothwendigkeiten involviren, dafür zu stimmen. Die Nationalliberalen schienen in ihr Vaterland zurückkehren zu wollen, und er habe bemerkt, daß der Konflikt, Hr. v. Hagen, seine verlorenen Kinder wieder um sich zu sammeln suche. Selbst die Annahme des Antrags könne kein Resultat haben. Man habe den Antrag als ein: Frühlings-Friedensstaube proklamirt mit der deutschen Einheit im Schnabel; er aber habe keine Taube, sondern nur einen ganz gewöhnlichen passer rusticus constitutionalis finden können! — Redner greift darauf die Rede des zweiten Antragstellers (Grafen Münster) durch Citate aus dessen Broschüre unter wiederholter Bezugnahme des Hauses an. Ein verantwortliches Ministerium (fährt Redner dann fort) würde entweder den Bundesrath vollständig absorbiren, oder die Minister würden lächerliche Figuren werden. Er glaube, man hätte doch wohl jetzt in Deutschland alle Ursache, mit den Verhältnissen zufrieden zu sein.

Staatsminister Frhr. v. Friesen: Er freue sich, daß von den Gegnern, namentlich von dem zweiten Redner die Absicht der Antragsteller so unumwunden ausgesprochen sei. Er verheide nicht, wie die einzelnen Staaten durch den Antrag eine größere Sicherheit erhalten sollen. Er finde vielmehr, daß die Unsicherheit der Staaten durch das fortwährende Wüthen an der Verfassung wachse. (Richtig: Hört!) Die einzelnen Staaten hätten vollständig das Recht, auch ihre Interessen im Bunde zu verteidigen. Innerhalb des Bundes sei noch sehr viel zu thun auf der gegebenen Basis; man möge nicht fortwährend Neues darauf laden. Man möge in den Gemüthern der Männer, die es redlich mit dem Bunde meinten, nicht Konflikte hervorrufen, die sie zwingen, zu sagen: bis hieher und nicht weiter. Der Antrag berühre nicht bloß die Interessen der einzelnen Staaten, er bedrohe das Interesse des ganzen Bundes. Man baue doch ein Haus nicht auf, indem man fortwährend daran umändert und rüttelt. (Beifall.)

Abg. v. Bethusy-Huc vertheidigt den Antrag namentlich gegen die Angriffe des Abg. v. Blanckenburg, und versichert wiederholt, daß es sich hier nicht um ein Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler handle.

Bundeskanzler Graf Bischoff: Er verstehe nicht, wie alle die geschichteten Uebelstände an der Bundesmaschine dadurch beseitigt werden sollten, daß man noch das fünfte Rad am Wagen eines kollegialischen Ministeriums anhängt. Der erste Eindruck des Antrags sei ihm der eines Mißtrauensvotums gewesen. Dies habe ihn befremden müssen bei den Namen vieler der Unterzeichner. Er habe darin eine Unzufriedenheit mit den bisherigen Leistungen finden müssen und wundere sich nur, daß nicht Einer der 102 Unterzeichner sich die Mühe gegeben habe, vorher mit ihm darüber zu sprechen. Er könne immer daraus nur die Tendenz lesen: Fort mit diesem Ministerium, oder fort mit dieser Einrichtung! und das könnten alle hier von der Tribüne ihm gegebenen Vertrauensvoten nicht aufheben. Der erste Redner habe von „gautischen“ Zuständen gesprochen, aber kein Mittel zur Abhilfe gewagt, als verantwortliche Minister. Die Stelle der

Bundesminister wurde bisher von den Ausschüssen versehen, und es herrschte dabei die größte Genauigkeit und Kontrolle. Diese Einrichtung, in welcher nach den Beträgen die Bundesregierungen mitwirkten, würde durch den Antrag beseitigt und ebenso das Bundeskanzler-Amt, dessen einzelne Puren er zu verantwortlichen Ministerien machen wolle. Würde hätten denn die Bundesregierungen dies Lebensurtheil ihrer verfassungsmäßigen Rechte verdient? Er als Bundeskanzler werde sicher nicht die Hand zur Vollziehung bieten. Man möge doch die Rechte der Bundesregierungen, des Präsidiums und seines Kanzlers ebenso achten, wie die des Hauses. Der Antrag richte sich aber auch gegen die Erbstaaten. Der Süden sei einmal partikularistisch und konservativ — wir sind ihnen zu liberal. (Heiterkeit.) Mit der Annahme des Gesetzes würde jeder Zutritt Süddeutschlands abgeschnitten sein! Eine kollegialische Ministerverwaltung sei ein großer Fehler. Verantwortlichkeit schwinde bei kollegialischen Ministerien, die könne besser der Einzelne tragen. Zwei harte Steine mahlen schwerer zusammen, acht harte Steine aber noch schwerer. Der ganze Antrag scheine ihm aus einer falschen Ansicht über die Stellung des Bundeskanzlers hervorzugehen. (Redner führt dies näher aus.) Erleichtern werde man das Geschäft nicht durch die Kreierung von Ministern. Er müsse die Stellung, die ihm übertragen, auf den überwiegenen Grundlagen wahren, hätte am liebsten gewünscht, der Antrag wäre gar nicht gestellt worden, und halte ihn geradezu nachtheilig für die Entwicklung der deutschen Bewegung. Sei denn der Unitarismus überhaupt der beste Standpunkt, namentlich für Deutschland? Der deutsche Charakter hege einen gewissen Partikularismus, und es sei nicht wegzuthun, den häuslichen Charakter mehr zu beschneiden, als unbedingt zur Verbindung des Ganzen nöthig sei. Was wirkliche Hemmnisse für den Nutzen des Ganzen wären, hätte der Bund bereits durchschritten. (Redner stellt darauf die Verhältnisse anderer Staaten in Parallele und fährt fort:) Preußen habe von den kleinen Staaten manches Gute gelernt. (Beifall.) Man könne die Zeit nicht beschleunigen, indem man die Uhr vorstellt. Er möchte doch etwas mehr Geduld empfehlen, um der Entwicklung des Bundes Zeit zu lassen. Man habe in den zwei Jahren die Maschine doch recht gut gefördert, so gut, daß es den Herren selbst langweilig zu werden scheine, daß die Maschine so gut geht, und sie daher einmal die Uhr aufmachen wollen, um ein Rad herauszunehmen! (Heiterkeit.) Zum Schluß müsse er noch erklären, daß ihm jede persönliche Empfindlichkeit über den Antrag absolut fremd sei. Er habe es nur mit diesem in seiner Wirkung auf den Bund zu thun. Er sei der Ueberzeugung, daß sie Alle ein gemeinsames Ziel hätten, das, Deutschland, dem Norden wie dem Süden, diejenige Gestalt zu geben, welche es am stärksten, am einigsten macht und seine Wohlfahrt am besten fördert. Man könne über die besten Wege dazu verschiedener Meinung sein, das Ziel aber theilten Alle, und er sei weit entfernt von jener Einseitigkeit, welche, wenn Jemand andere Ansichten hege, deshalb an dem Verständniß oder dem guten Willen der Andern zweifle. (Großer Beifall.) Unter großer Bewegung des Hauses nimmt der Abg. Schulerz (Berlin) das Wort. (Beifall.)

Daß der Antrag schliesslich mit 111 gegen 100 Stimmen angenommen wurde, haben wir in einem gestern (Samstag) Morgen expedirten Extrablatt bereits mitgetheilt.

Berlin, 16. Apr. (Köln. Ztg.) Dem Vernehmen nach wurde Mittwoch (vorgestern) ein Vertrag mit Sachsen über die doppelte Besteuerung gegenseitiger Staatsangehörigen abgeschlossen. Die Hauptpunkte sind: Der Gewerbebetrieb wird am Betriebsort, das Einkommen am Wohnsitz der Gewerbetreibenden besteuert (ausgenommen Pensionen); dieser Steuermodus tritt erst fünf Jahre nach erfolgtem Anzug aus einem Staat in den andern ein. Mit Heffen soll ein gleicher Vertrag bevorstehen.

Berlin, 16. Apr. Bekanntlich sind die Gerüchte von dem angeblichen Vorhaben Preußens, die mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Garantie-Verträge zu kündigen, von hier aus als Erfindungen bezeichnet worden. Auch ist nach der ganzen Natur dieser Verträge eine einseitige Kündigung derselben gar nicht zulässig. Trotzdem behauptet neuerdings das Pariser „Memor. diplomat.“ an den Gerüchten sei etwas Wahres; eine Friedenspartei in Berlin wolle die Beseitigung der Verträge, während eine dortige Kriegspartei mit Erfolg deren Beibehaltung verfechte. Auch diese Behauptungen gehören vollständig dem Bereiche der Dichtung an.

Irthümlich meldet die hiesige „National-Ztg.“ beim Norddeutschen Bundesrathe seien noch Vorlagen über eine Petroleum- und über eine Gassteuer zu erwarten. Dem Vernehmen nach finden in Regierungskreisen allerdings Erwägungen über solche Steuerprojekte statt. Bekanntlich ist aber das Petroleum ein ausländischer Einfuhrartikel, und seine Besteuerung würde also zur Kompetenz der Zollvereins-Gesetzgebung gehören. Dagegen könnte eine Gassteuer beim Reichstage beantragt werden. Vielleicht erscheint eine betr. Vorlage. Wie verlautet, wird jetzt auch die Frage erwogen, den Eingangszoll für ausländischen Zucker herabzusetzen, um durch dessen vermehrten Import größere Zollentnahmen zu erzielen. Bei der jetzigen Höhe der Zuckergebühren vermag der ausländische Zucker gegen den inländischen fast gar nicht mehr zu konkurriren. Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß dem Zollparlament eine Vorlage wegen Erleichterung des Zuckerimports zugehen dürfte. Früher brachten die Zuckergebühren 6 bis 7 Millionen Thaler jährlich. Im Jahr 1867 hatte die Zollvereinskasse davon nur noch eine Einnahme von 487,985 Thalern.

Vom Handelsministerium ist der ursprünglich aufgestellte Plan für die Reorganisation der Gewerbeschulen neuerdings abgeändert worden, und zwar in Berücksichtigung der gutachtlichen Äußerungen, welche von Seiten der vor einigen Monaten hier abgehaltenen Konferenz erfolgt sind. Der revidierte Plan liegt jetzt dem Unterrichtsministerium zur Begutachtung vor.

Dem Vernehmen nach wird in Kassel die neu begründete gewerbliche Zeichenschule im Lauf des nächsten Monats eröffnet. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß alsbald auch in Köln, Eberfeld, Magdeburg, Halle und Breslau durch Zusammenwirken des Staates und der Gemeinden solche Schulen eingerichtet werden. Die städtischen Behörden von Königsberg und Wiesbaden haben auf die von Regierungsseite ihnen gemachten Propositionen noch nicht geantwortet.

**Königsberg, 15. Apr.** Vor dem Rathhause fand heute eine starke Ansammlung von Arbeitern statt. Eine Deputation derselben begab sich zum Oberbürgermeister und forderte von demselben Arbeit, Steuererlass und Ausweisung der fremden Arbeiter. Der Oberbürgermeister verhielt sich der Deputation morgen Bescheid zu erteilen. Die Haltung der Menge war eine durchaus ruhige.

#### Oesterreichische Monarchie.

† **Wien, 15. Apr.** Es verlautete schon gestern gerüchtesweise, daß der *F. M. Möring*, einst Mitglied des Frankfurter Parlaments, zum definitiven Ministerpräsidenten auszuwählen sei. Seine Kandidatur ist, wie ich höre, eine sehr ernsthafte, vielleicht, da sie unmittelbar vom Kaiser getragen wird, der in dem gegenwärtigen Statthalter von Triest die Energie und die Ergebenheit des Soldaten mit der staatsmännischen Begabung und mit dem vollen Verständnis für die Forderungen der Zeit gepaart findet, die ernsthafteste von allen, welche bis jetzt aufgetaucht sind. Ich möchte aus manchen Anzeichen schließen, daß die Verhandlungen mit ihm nicht bloß schon begonnen haben, sondern schon sehr weit gediehen sind. Wahrscheinlich ist es übrigens, daß für den nur noch kurzen Rest der Session — bis nächsten Mai — das gegenwärtige Provisorium aufrecht erhalten bleibt, und daß erst nach dem Schluß des Reichsraths der neue Ministerpräsident an die Spitze der Geschäfte tritt.

† **Wien, 16. Apr.** Zum 24. April, dem Vermählungstage des Kaisers, steht eine lange Reihe von Auszeichnungen bevor. Der Regierungsrath *Weil*, ein geborner Stuttgarter, ist zum Hofrath befördert, der Sektionschef *v. Schmidt*, der Schwiegervater des Großk. Gefandten am k. bayrischen Hofe, hat den Orden der Eisernen Krone erhalten.

Die Verhandlungen mit dem *F. M. Möring* für die Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft haben nicht zum Ziel geführt, und das bisherige Provisorium wird deshalb zunächst bestehen bleiben.

**Wetzl, 16. Apr.** Der Reichstag soll am 24. April mit Feierlichkeiten und einer Thronrede eröffnet werden. — Die Enthüllungsfest des Monuments des Palatin Joseph wird am Tage darauf erfolgen.

#### Schweiz.

**Bern, 16. Apr.** Auf die Mittheilung der Noten von Norddeutschland, Italien und Baden haben bisher geantwortet die Regierungen von Bern, Obwalden, Glarus und Thurgau. Die letzteren beiden finden sich zu keinen Bemerkungen veranlaßt; Obwalden spricht lediglich die Erwartung aus, daß der Bundesrath das vaterländische Unternehmen nunmehr nach besten Kräften fördern werde. Bern hinwieder spricht sich einläßlicher aus: Die Regierung wird eine Subvention des Gotthard-Unternehmens befürworten, sofern das Unternehmen auf nationaler Grundlage organisiert und ausgeführt wird. Als solche werden im Wesentlichen angeführt: Uebernahme und Leitung des Unternehmens durch den Bund; Leistung der Subventionen durch das Ausland, die zunächst beteiligten Kantone und Gesellschaften; keine Garantien gegenüber dem Auslande, welche Neutralität und Selbständigkeit der Schweiz irgend gefährden könnten; Nichtgestattung von Vorrechten an die subventionirenden Kantone und Gesellschaften, noch von Differenzial-Tarifsanktionen; direkte Anschlüsse von der Ost- und Westschweiz unter gleichen Bedingungen mit den übrigen Anschlüssen.

#### Italien.

\* **Florenz, 15. Apr.** Die parlamentarische Kommission, welche mit Prüfung des Postvertrags mit Frankreich beauftragt war, hat diesem Vertrag ihre Zustimmung erteilt.

#### Frankreich.

**Paris, 15. Apr.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 14. Apr.

Die ganze gestrige Sitzung war vom Budget des Kriegsministeriums in Anspruch genommen. Die Amendements, welche die Opposition gestellt, wurden alle verworfen. *Marshall Niel*, der allen Rednern persönlich antwortete, hatte vollauf zu thun. Aus seinen verschiedenen Antworten muß zuerst hervorgehoben werden, daß der Effectivbestand der Armee im Frieden nie 400,000 Mann überschreiten werde und daß derselbe im Winter auf 340,000 reduziert werden kann. Was die kaiserliche Garde anbelangt, so suchte *Niel* deren Nützlichkeit darzutun, welche *Vellé* jedoch mit großem Erfolg bestritt und bewies, daß das Institut ein ganz nutzloses und rein politisches sei. In Betreff der Uniformen der Armee, welche *Clais-Bizoin* vereinfacht haben will, erklärt *Niel*, daß man in dieser Beziehung so weit gegangen sei, als nur irgend möglich. Die ganze Infanterie trage jetzt den kurzen Waffenrock, die nämliche rote Hose und das nämliche Schuhwerk. Der Unterschied bestehe nur in dem Knopf. Die Gleichheit habe einen großen Vortheil, weil sie die Kosten vereinfache und ein Regiment, welches eine Garnison verlässe, nicht mehr genöthigt sei, seine Vorräthe mit sich zu nehmen. Was die freie Bewegung des Soldaten anbelange, so wolle er sie vollständig. Er dürfe durch seine

Uniform nicht beengt sein. Was die Kavallerie anbelange, so habe man zwei Sorten Läger, dunkelblau für die Reserve und die Linie, hellblau für die leichte Kavallerie. Wenn man noch die Verzierung an den Uniformen sähe, so komme es daher, daß die alten erst aufgetragen werden müßten. Die Bärenmützen für die Gardegrenadiere will *Niel* nicht abgeschafft wissen; er gibt zu, daß sie nicht sehr bequem seien; aber es sei eine Erinnerung an die alte Garde, eine Art von Fahne. Was den Sold betrifft, welchen die Beurtheilten früher während der ganzen Dauer ihres Urlaubs bezogen, so erhalten sie ihn jetzt nur höchstens während drei Monaten. Eine andere Ersparniß wird von *Niel* noch eingeführt werden. Da die Urlaubsbewilligungen jetzt öfter und länger seien, als früher, und die Soldaten ihre Uniformen nicht mit nach Hause nähmen, so will er die reglementarische Dauer derselben verlängern.

Auf die Anfrage *Mony's*, ob man die Soldaten nicht für öffentliche oder Privatbauten verwenden könne, erwiderte *Niel*, daß in dieser Hinsicht Alles geschehe, was möglich sei. Prinzipiell müsse der Soldat sich allen militärischen Arbeiten unterziehen und sich im Felde eben so der Schaufel wie des Gewehrs bedienen. Die Lage sei heute in Folge der Vervollständigung der Waffe eine schlechtere; der geringste Erdaufwurf, den man in einer Stunde, in einer halben Stunde herstelle, sei ein kostbarer Banger, und die so geschöpften Truppen erlangten eine enorme Kraft, denn sie könnten alsdann möglichst genau zielen. Für die Arbeiten öffentlichen Interesses könne der Soldat ebenfalls beschäftigt werden. Dieses sei in Algerien geschehen. Was die öffentlichen Bauten in Frankreich selbst anbelange, so sei man nicht mehr in einer Zeit, wo der Soldat lange genug diene, um ihn in seinen Ruhestunden zu beschäftigen. Er habe heute kaum Zeit, sich von seinen Übungen auszurufen. Man dürfe ihn nicht für einen Faulenzer halten. Die Kavallerie z. B. habe täglich kaum zwei Stunden frei. Wenn die Instruktion des Soldaten beendet sei, so sende man ihn in seine Familie zurück, wo er sich viel nützlicher machen könne. So sei daher nicht nöthig, den Soldaten bei öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen.

Nachdem *Niel* nun noch einige Aufschlüsse über die Pferde gegeben hat, welche man bei den Bauern unterbringt, kommt er in Folge einer Interpellation des *Marquis de La Peré* auf die Reinlichkeit der Armee und den Unterricht zu sprechen, welchen die Soldaten beim Regiment erhalten. Die Soldaten, welche, wenn sie zum Regiment kämen, weder lesen noch schreiben könnten, verließen dasselbe nie, ohne wenigstens Lesen und oft auch Schreiben gelernt zu haben. Was die Reinlichkeit der Soldaten anbelange, so geschehe Alles, was nur möglich sei. In jeder Kaserne Bäder zu errichten, wie der *Marquis de la Peré* vorschlägt, sei für jetzt aber wegen der Kosten kaum möglich. Wie *Niel* meint, gäbe es keine Armee, wo die Soldaten reinen seien, als die französische. *Dr. v. Peré* würde davon überzeugt sein, wenn er sehe, in welchem Zustande die Soldaten bei der Armee ankommen und in welchem Zustande sie dieselbe verlassen.

Auf das Verlangen *Jules Favre's* gibt *Niel* auch einige Erklärungen über die Bildung der mobilen Nationalgarde. Derselbe behauptet, er habe dieselbe nicht auf einmal organisiren können, da die Kammer statt der verlangten 14 Millionen, welche die Organisation koste, nur 5 Millionen bewilligt habe. Mit den Mitteln, welche ihm zur Verfügung ständen, könne er vor der Hand die mobile Nationalgarde der drei ersten Armeekorps, im Ganzen 130,000 Mann, organisiren. Die mobile Nationalgarde brauche nicht auf Kraven und Paraden zu erscheinen; ein summarischer Unterricht per Kompagnie reiche also zu ihrer Ausbildung hin. Ihre Waffen bestände die mobile Nationalgarde außer dem Dienste nicht in der Hand. Dieses sei bei einer Truppe, welche nicht fortwährend der Disziplin unterworfen sei, nicht zweckmäßig. Die Gewehre derselben würden daher im Depot bleiben. Was die Waffen selbst anbelangt, so würde die Mobilgarde Geschosspois erhalten, da man deren jetzt genugam habe. Was das Waffentragen der Soldaten außer dem Dienste betrifft, welche *Jules Favre* ebenfalls zur Sprache gebracht, so will *Niel*, daß der Soldat seinen Säbel behalte. Ein Soldat ohne Säbel fühle sich gedemüthigt, wie deutlich der Umstand beweise, daß die, welchen man das Tragen des Säbels verbiete, die Kaserne nicht mehr verlassen.

Man schritt nun zur Diskussion von Algerien. *Jules Favre* griff das Militär-Regime an, das diese französische Kolonie seit 30 Jahren nicht hat aufkommen lassen. *Niel* vertheidigte es mit Energie, ohne jedoch etwas Neues oder vielmehr Vernünftiges vorzubringen.

**Paris, 15. Apr.** Gesetzgeb. Körper. *Bethmont* verlangt eine Untersuchung in Marine-Angelegenheiten. Er erklärt sich dagegen, daß die Regierung, ohne Wissen der Kammer, 72 Transportdampfer, welche zusammen 40,000 Mann und 12,000 Pferde aufnehmen könnten, zu verwenden berechtigt sei. Das auf *Bethmont's* Verlangen bezügliche Amendement wird verworfen. Der Regierungskommissär *Dupuy de Lorne* sagt, daß die Flotte und die Arsenale noch nie in einem bessern Zustande gewesen seien, als jetzt. Das Marinebudget wird angenommen.

\* **Paris, 16. Apr.** Heute Morgen wurde im Ministerium des Auswärtigen eine Konferenz abgehalten, an der die *H. Frère-Orban*, *v. Lavalette*, *Kouher* und *Gressier* Theil nahmen. Die Diskussion soll sich mit den von *Hrn. Frère-Orban* überbrachten Vorschlägen beschäftigen haben.

Die offiziellen Abendblätter widerlegen das von der „*Indep. belge*“ veröffentlichte Gerücht, daß *Hr. Baroche* während des bevorstehenden Konzils als Gesandter Frankreichs nach Rom gesandt werden soll.

Der „*Siecle*“ bringt an der Spitze seiner Spalten folgendes Communiqué, das ihm aus dem Ministerium des Innern zugegangen ist:

Ungeachtet unaufhörlicher Anreizungen genießt Paris einer tiefen Ruhe, und ebenso ist seine materielle Ruhe vollständig. Dieses Resultat verdankt man dem vortrefflichen Geist der Bevölkerung der Hauptstadt, aber auch der wachsamsten Festigkeit der ganz besonders mit Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens beauftragten Behörde. Eine solche Lage ist vielleicht nicht nach *Joachim's* Geschmack.

Wie die „*France*“ meldet, wird *Prinz Napoleon* morgen Paris verlassen. Er wird sich in Marseille auf seiner Nacht einschiffen und sich nach Neapel, Korfu und ins Adriatische Meer begeben. Seine Abwesenheit wird kaum einen Monat dauern. — Rente 71.20, Cred. mob. 252.50, ital. Anl. 56.32.

#### Spanien.

\* **Madrid, 15. Apr.** Cortessitzung. *Drense* schlägt vor, daß die Diskussion so lange fort dauern soll, als sich kein Abgeordneter findet, der das Wort verlangt. Dieser Antrag wird mit 132 gegen 53 Stimmen verworfen. Die Einleitung zur Verfassung wird angenommen. Ein von *Drense* gestelltes Amendement zu Art. 1 wird nach der Diskussion zurückgewiesen. *Garrido* entwickelt ein anderes Amendement, welches die Abschaffung der Sklaverei auf den Antillen verlangt. *Moret* erwidert im Namen der Kommission, daß die auf die Antillen bezüglichen Fragen im Monat Mai weitaufgeführt zur Erörterung kommen werden, wenn die Ankunft der Abgeordneten von Porto-Rico und später der von Cuba erfolgt sein wird. *Man* versichert aus guter Quelle, daß die Majorität beschloffen hat, die Thron-Kandidaturfrage bis nach der Abstimmung über die ganze Verfassung zurückzustellen. Art. 1 der Verfassung, welcher für Spanien alle diejenigen erklärt, die auf dem spanischen Territorium geboren sind, ferner die Söhne und Töchter spanischer Eltern, sowie die naturalisirten Fremden und diejenigen, welche das Aufenthaltsrecht in Spanien erlangt haben, wird nach Verwerfung des Amendements *Garrido* angenommen. Ein Amendement zu Art. 2, welches die Todesstrafe und die Strafe des Prangers abzuschaffen beantragt, wird mit 112 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

\* **Madrid, 16. Apr.** In der gestrigen Sitzung der Cortes fragte *Hr. Balagner* das Ministerium, warum die französische Regierung an der Grenze die Versammlung und die Organisation karlistischer und jacobinischer Parteigänger dulde. Er fragte auch, ob die spanische Regierung Schritte gethan habe, den Beträgen Achtung zu schaffen. *General Prim* antwortet: an der Grenze existiren wirklich einige Gruppen nicht jacobinischer, sondern karlistischer Parteigänger, und die französische Regierung verfähre mit ihnen, wie sie ebendamit den Liberalen verfahren hätte. Der *General* bemerkte ferner, daß die Beziehungen zu der französischen Regierung sehr herzlich seien.

#### Belgien.

**Brüssel, 15. Apr.** (Fr. J.) Die Arbeiterunruhen sind noch nicht ganz in der Provinz Lüttich beigelegt; so kommt aus Mons die *Hobspost*, daß im *Borinage*, im Kohlenwerk des *Jénu*, ein Strike ausgebrochen und bereits eine Kompagnie Jäger dahin abgegangen ist, um die Ruhe und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig meldet man aus dem Kohlenbecken von *Charleroi*, daß man dort ebenfalls einer Arbeitseinstellung gewärtig ist, und sich immer mehr davon überzeugt hält, daß ein Lösungswort ausgegeben und man einen allgemeinen Arbeiteraufstand im Schilde führt. Inwiefern derartige Befürchtungen begründet sind, bleibt abzuwarten. Daß aber die „*Internationale*“ so unschuldig daran ist, als sie es vorgibt, ist wenigstens zweifelhaft, denn gerade im *Hennegau* haben sich Tausende von Arbeitern unter ihre Fahne geschart, und dieser neue Strike ist gewiß nicht ohne ihr Vorwissen, wenn nicht in Folge ihres unseligen Einflusses unternommen worden. Vorwand des Strike im *Borinage* ist die Löhnung. Die Leute wollen eine Aufbesserung des Tagelohns, was um so schwieriger zu erzielen ist, als diese industriellen Gesellschaften eine ziemlich schlechte Campagne dieses Jahr machen. In *Seraing* kehren die Kohlenarbeiter und selbst die Eisenarbeiter in den Hochöfen wieder an ihre Beschäftigung zurück. Ein gestern in einem kleinen Kohlenwerk zwischen *Seraing* und *Lüttich* ausgebrochener Strike, dessen Urheber sich anhielten, unter dem Vortragen einer roten Fahne, d. h. eines roten Kappens, an einer Bohnenstange befestigt, gegen *Lüttich* zu marschiren, wurde durch die eiligst dahin abgegangene Kompagnie Soldaten zerstreut und scheint ebenfalls beendigt.

**Brüssel, 16. Apr.** (Fr. J.) Die Arbeitseinstellung im *Borinage* nimmt den Charakter eines von der Association internationale organisirten Arbeiteraufstandes an (?). Alle Kohlenwerke sind militärisch besetzt. Man fürchtet Unruhen für die Nacht.

#### Amerika.

**Cuba.** Es muß wirklich auf Cuba schlimm genug stehen, wenn selbst *Serrano*, wie geschehen, zugeben mußte, daß sich die Lage verschlimmere. Wie die Aufständischen selbst ihre Aussichten darstellen, geht aus einem Schriftstücke hervor, welches *Céspedes*, der Leiter der „*provisorischen Regierung*“ Cuba's, an den Präsidenten Grant gerichtet und durch eine förmliche Gesandtschaft unter Führung von *Morales Lemus* nach Washington übersandt hat. *Céspedes* setzt darin die Gründe auseinander, weshalb die Verein. Staaten die cubanischen Aufständischen als kriegführende Macht anerkennen sollten; es heißt u. A.:

Neunzehn Zwanzigstel der Bewohner Cuba's beten für den Erfolg der Heere der cubanischen Republik; nur der einzige Mangel an Waffen und Munition hält sie unter dem tyrannischen Joch Spaniens. Die Republik hat thatsächlich 70,000 Mann im Felde stehen. Die Waffen und die Autorität der Republik Cuba erstrecken sich über zwei Dritttheile des geographischen Flächeninhaltes der Insel und eine große Mehrheit der Bevölkerung. Gegenwärtig wird für die Republik Cuba eine Flotte gebaut, welche an Zahl und Tüchtigkeit die vor dem Kriege in cubanischen Gewässern unterhaltene spanische Flotte übertrifft. Der Aufwand ist nicht das Werk einiger Unzufriedenen, sondern die großartige Erhebung eines nach Freiheit dürstenden Volkes. Die Republik Cuba tritt bloß in die Fußstapfen Spaniens in dem Bemühen, tyrannische Herrscher zu vertreiben und Führer ihrer eigenen Wahl anzunehmen. Allein das Volk Cuba's hat zehnmal mehr Recht dazu, als Spanien es hatte, weil Cuba's Beherrscher ihm ohne seine Zustimmung aus fremdem Lande geschickt wurden und mit ihrem zahlreichen Gefolge durch den Schweiz der Bewohner unterhalten werden müssen.

*Morales Lemus* befindet sich noch in Washington, hat aber noch keine amtliche Zusammenkunft mit der Regierung gehabt. Während das Repräsentantenhaus den bekannten Antrag des *General Banks* genehmigte, welcher es dem Präsidenten an-

heimstellt, die Unabhängigkeit Cuba's zu gelegener Zeit anzuerkennen, hat die Regierung aus dem vielleicht willkommenen Anlasse eines Zerwürfnisses des Unionskonsuls Cobrington mit den spanischen Behörden auf Cuba eine Verstärkung des nordatlantischen Geschwaders um drei Panzerschiffe und eben so viele Dampfschiffe angeordnet; dieselben begeben sich ungefähr in die westindischen Gewässer, wohin sich schon fast das ganze Geschwader unter dem Befehl des Contreadmirals Hoff zusammengelassen hat. Außerdem berichtet der spanische Konsul in New-York nach Madrid, daß neue Expeditionen zur Unterstützung des Aufstandes in nordamerikanischen Häfen ausgerüstet werden, ohne daß die Behörden sich bemühen, Kenntniß von ihnen zu nehmen.

#### Vermischte Nachrichten.

Frauenburg, 15. Apr. Der Bischof von Ermeland hat die durch den Tod des Dombenedicten Dr. Eichhorn erledigte Stelle eines Dombischöpfungsraths des Domkapitels zu Frauenburg dem Domkapitular Bloedenhagen verliehen.

Die seit dem Tod des Hrn. v. Bequignolles erledigte Stelle eines Intendanten der Königl. Schauspiele zu Wiesbaden ist jetzt durch den Baron v. Ledebur besetzt worden.

Hannover, 15. Apr. (Ztg. f. Nordd.) Gestern, als am Geburtstage der Königin Marie, bewegte sich ein Zug von etwa 50 Wagen, theils Equipagen, theils Droschken, die Herrenhäuser Allee entlang nach der Burg. Man konnte auch einige Führer des mißvergnügten Adels, zum Theil in vier-spännigen Wagen, in dem Zuge bemerken. Auch Fußgänger und Fußgängerinnen machten den „Gortje“ mit, zum Theil mit gelb-weißen Bändern geschmückt. In gelb-weißen Farben präsentirte sich auch der Fußweg der Herrenhäuser Allee, indem er nämlich mit Papierstücken in diesen Farben besetzt war.

Stocholm, 11. Apr. Die Studenten in Upsala haben in einer zahlreichen Versammlung die an sie von Christiania ergangene Einladung zu einer Zusammenkunft der Studenten von den vier skandinavischen Universitäten angenommen und ein Komitee eingesetzt, um die dazu erforderlichen vorbereitenden Maßregeln zu treffen.

#### Badische Chronik.

##### \* Ueber Gemeindefragen. (Schluß.)

Unser Hr. Gegner glaubt, man könne den Gemeindefragen seinem Wesen und der Art seiner Hinausgabe nach als einen Vermögensgegenstand der einzelnen Gemeindeführer betrachten; vielfach besitze er sogar formell die Beweglichkeit freien Eigentums, werde gleich solchem veräußert, bei Theilungen in Anschlag gebracht u. s. w. Um so weniger ist abzusehen, warum ein Verhältniß, welches sich in der Praxis einem privatrechtlichen schon so sehr nähert, nicht völlig im Sinne einer glatten Aufhebung alles Dessen, was sich zu Privateigentum eignet, geregelt werden soll. In allen Fällen dieser Art ist das gemeindliche Eigentum zur Fiktion geworden, welche nur dazu dient, ein bequemeres Gemeindeführerobjekt zu schaffen und im Uebrigen eben doch der freien Verfügung gewisse Schranken aufzuerlegen. Beides hält man vielleicht vom „praktischen“ Standpunkte aus für vortheilhaft; wir müssen Beides für schädlich ansehen. Auch glauben wir nicht, daß die stiftliche Wirkung des Ertrags vom Gemeindeführer die gleiche ist, wie die des Ertrags von festem Privateigentum oder von eigener Arbeit, sondern wir halten unsere schon geäußerte Ansicht aufrecht, daß diese Erträge immer einigermaßen so wirken, als ob sie den Charakter von Geschenken an sich trügen. Gerade dies ist uns von einer Seite bestätigt worden, von welcher man uns im Uebrigen den höchsten Verdruß über den Inhalt unserer Artikel kundgab; es sei etwas ganz Häufiges, daß der Bürgergenutz schon „verlumpt“ sei, noch ehe die Leute ihn erhielten. Einen ähnlichen Punkt führt unser Hr. Gegner selbst an, wenn er zugibt, daß manche Jungbürger sich nur deshalb gerade in ihrer Heimath niederlassen, um möglichst bald in den Genuss des Bürgergenutzes zu kommen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Wirkung des Bürgergenutzes dann eine sehr produktive sein wird. Und damit würde wohl auch die Ansicht unseres Hrn. Gegners hinlänglich, man könne den Bürgergenutz als den Fond betrachten, aus dem Seitens vieler kleinen Leute die Staats- und sonstigen öffentlichen Aufträge bestritten würden.

Unser Hr. Gegner gibt zu, daß manche Allmendgrundstücke nicht so bebaut würden, wie es der Fall sein könnte, hält dies aber doch nicht für sonderlich durchgreifend, und ist der Meinung, daß die in Benutzung gegebenen Einzelgrundstücke im Allgemeinen nicht schlechter bebaut würden, wie freies Eigentum. Uns ist aber ein Fall mitgetheilt, wo in öffentlicher Versammlung der Nutzungsberechtigten die Frage an dieselben gerichtet wurde: ob sie es in Abrede stellen könnten, daß von den 560 Morgen an die Bürger vertheilter Allmend nicht 100 Morgen ordentlich bebaut würden — und Niemand konnte ein Wort erwidern. Es ging eben wie mit dem Pferd, welches von mehreren in Benutzung genommen war und von keinem zu fressen erhielt, weil Jeder sich darauf verließ, die Andern würden wohl hinreichend füttern. Sollte Ähnliches wirklich so überaus selten vorkommen?

Für den Wald sieht unser Hr. Gegner in dem gegenwärtigen Zustande keine Gefahr; auch meint er unter Hinblick auf das Fortschreiten der Steinkohle, wenn sich Einer den Luxus erlauben wolle, trotz billigerer Kohlenpreise Holz zu brennen, so habe das weiter nichts zu bedeuten. Was ersteren Punkt betrifft, so mag es sein, daß zur Zeit die Staatsaufsicht überall eine solche ist, daß kein übermäßiger Holzbezug stattfinden kann; daß aber ebendem größtenteils Mißbräuche dieser Art vorlägen, wird kaum geleugnet werden wollen. Den letzteren Punkt halten wir doch nicht für so ganz unerheblich. Vorurtheil und Gewöhnung spielen ohnehin auf dem Lande eine große Rolle, und so lange die Leute ihre Holzgabe bekommen, so lange wird theures Holz in großen Massen verbrannt werden, auch wenn billige Kohle zu haben ist.

Nun aber zum Hauptpunkt. Wir zweifeln nicht, daß unser Hr. Gegner gleich uns ein Anhänger der in Angriff genommenen Reform unseres Gemeindeführers ist, deren Kern die

Umwandlung der Bürger- in Einwohnergemeinden bildet. Wie sich nun die Einwohnergemeinde mit einer Fortdauer der Bürgergenutzungen in ihrer bisherigen Gestalt vertragen soll — das verstehen wir nicht. Man kann doch in reichen Gemeinden die Zugugstare für Einwohner nicht so hoch stellen, daß sie einen Einkauf in den Bürgergenutzungen repräsentirte; auch wird bei manchen Stadtgemeinden die Zahl der Gemeindeführer so emporschnellen, daß von einer Ausdehnung des bisherigen Nutzungsrechtes auf Alle nicht die Rede sein könnte, und eben so wenig dürfte ein Turnus nach der Art, wie er jetzt in vielen Gemeinden mit ungenügender Allmend stattfindet, am Platze sein. Es bleibt also nichts übrig, als diejenigen Vermögenstheile, welche nicht die Einwohnergemeinde übernimmt — öffentliche Gebäude u. dgl. — den alten Bürgergemeinden zu überlassen, so daß letztere als Vermögenskorporationen (und als weiter nichts) bestehen bleiben. Sowie aber dieses Verhältniß überall hergestellt ist, sehen wir nicht ab, was für ein Hinderniß abzuwalzen soll, das Vermögen der Korporationen, soweit es sich hierzu eignet, zu freiem Eigentum unter die Korporationsmitglieder zu vertheilen. Unter der Voraussetzung, daß wir die Einwohnergemeinde bekommen, scheinen uns die Gründe unseres Hrn. Gegners den besten Theil ihres Wertes zu verlieren. Die Natur solcher Korporationen aber scheint uns wieder einen mächtigen Gegengrund in sich zu schließen. Wir denken nicht, daß man einen Zustand für einen überaus wünschenswerthen ansehen wird, wo innerhalb eines frisch bewegten Gemeindeführers ein anderes, nur durch materielles Interesse zusammengehaltenes und daher notwendig zu Verwilderung und Engherzigkeit neigendes sitzt.

Den Wald halten wir, wie wir nochmals ausdrücklich betonen zu müssen glauben, für kein Theilungsobjekt. Für das Beste würden wir es betrachten, wenn es möglich wäre, ihn insgesamt für den Staat zu erwerben; aber wir wissen recht gut, daß dies nicht möglich ist. Hier wird man einen Weg zu geeigneter Verwaltung suchen müssen, und wir haben durchaus nichts dagegen, daß, solange die gegenwärtigen Verhältnisse im Wesentlichen fortbauern, auch in Betreff der Holzverwertung immer auf gewisse praktische Interessen der Bürger Rücksicht genommen wird. — Eben so wenig haben wir Etwas dagegen einzulegen, wenn, wo die Umstände dies zu empfehlen scheinen, statt der Vertheilung zu Einzel-eigentum vorerst eine genossenschaftliche Bewirtschaftung Seitens des Berechtigten eintritt; im Gegentheil wissen wir es sehr wohl zu würdigen, wie legendisch es wäre, wenn die Landbau-Genossenschaft sich auf diesem Wege mehr und mehr einbürgerte. Sind die Dinge erst in Fluß gekommen, so wird ein Anpassen des neuen Verhältnisses an die allgemeinen Wünsche und Interessen nicht auf sich warten lassen.

Man hat uns von mehreren Seiten gesagt, eine Besserung des Bürgergenutz-Wesens sei deswegen so schwer, weil die Leute stets besorgten, „sei nur erst der Anfang gemacht, so verlor sie am Ende den Bürgergenutz ganz.“ Es scheint uns hierin das Eingeständniß einer faulen Sache so vollständig, wie wir es nur wünschen können, enthalten zu sein. Daß man deshalb das Kind noch nicht mit dem Bad auszuschenken und nicht in überstürzender Weise längst Eingelebtes zu beseitigen braucht, versteht sich von selbst. Aber man table uns nicht, wenn wir den Muth haben, unsere Ueberzeugung von der prinzipiellen Verwerflichkeit der ganzen Sache auszusprechen, wie wir es hier nochmals thun.

Karlsruhe, 17. Apr. Das Verordnungsblatt der Großh. Verkehrs-direction Nr. 14 enthält: 1) Bekanntmachungen. a) Die Begleitpapiere zu Fahrpostsendungen nach Frankreich betr. Infolge einer Vereinbarung mit der Direction der französischen Dösbahnen treten in Bezug auf die Begabe von Begleitpapieren zu Fahrpostsendungen nach Frankreich, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Vorschriften, folgende Bestimmungen in Kraft: 1. Jeder Fahrpostsendung nach Frankreich ohne Rücksicht auf deren Inhalt und Gewicht nach welchem Bestimmungsort sie abdestirt ist, muß ein Begleitbrief und eine Inhaltserklärung (Zolldeklaration) beigegeben werden. 2. Der Begleitbrief kann in deutscher oder französischer Sprache abgefaßt sein, muß aber genau den Bestimmungen der §§ 4, 5 und 6 des Reglements für den deutschen Postverkehr entsprechen. Außerdem muß demselben noch die Bemerkung, daß die Sendung nichts Gefährliches enthalte, sowie der Name und Wohnort des Absenders beigegeben sein. 3. Die Inhaltserklärung kann gleichfalls in deutscher oder französischer Sprache geschrieben sein, muß aber folgende Angaben enthalten: a) den Namen der Abgangsstation, b) den Namen des Bestimmungsorts, c) den Namen des Empfängers, d) die Zahl, e) die Gattung, f) die Zeichen, g) die Nummer, h) das Bruttogewicht jeder Sendung, i) das Nettogewicht jeder Gattung des Inhalts der Sendung, k) die Gattung bzw. den Beschrieb des Inhalts, l) den Werth der Sendung, m) das Datum und die Unterschrift des Absenders. Um dem Publikum die Ausfertigung der Inhaltserklärungen zu erleichtern, wird hierfür ein Formular (Zmpresse B. Nr. 43) angefertigt werden, das zunächst als Muster zu dienen hat, von welchem aber auch auf Verlangen oder sofern sich sonst das Bedürfniß dazu zeigt, einzelne Exemplare an die Aufgeber von Fahrpostsendungen nach Frankreich oder nach anderen außerhalb des deutschen Zollvereins gelegenen Ländern unentgeltlich abzugeben sind. Dabei ist den Aufgebern solcher Fahrpostsendungen außerdem zu gestatten, das betreffende Formular bei der Aufgabe der Sendung am Schalter auszufüllen. b) Den Abschluß eines Postvertrages zwischen Oesterreich und Rumänien betr. c) Den direkten Personen- und Gepäckverkehr im Rheinischen Verbands betr. d) Den direkten Badisch-Main-Rheinischen Verkehr betr. 2) Dienfrachten. 3) Todesfälle. 4) Statistisch. Darstellung des Verkehrs auf den badischen Eisenbahnen im Februar 1869.

Heidelberg, 16. Apr. Ein Unternehmen ist dahier im Werk, das unserer Stadt zur Zierde und zum Nutzen gereichen würde, nämlich die Erbauung eines Konversationshauses. Dasselbe soll an die Leopoldstraße (sog. „Neue Anlage“), in die Nähe des Bahnhofs und des Gasthauses zum Europäischen Hof zu setzen kommen und Kasse, Spazierhalle, Konversationszimmer, Musikräume und Lokalen für eine feine Restauration enthalten. Nach

dem von Hrn. Architekten Blunckel ausgearbeiteten Plan wäre ein auch äußerlich sehr schönes Bauwerk zu erwarten, das nebst entsprechender innerer Einrichtung nur die mäßige Summe von 50- bis 60,000 fl. kosten würde. Das Kapital soll durch eine Aktiengesellschaft aufgebracht werden und würde das ganze Bauwerk nach einer gewissen Reihe von Jahren unserer Stadt als freies Eigentum zu fallen, die nur der ihr gehörigen Bauplatz unentgeltlich abzutreten hätte. Wenn man bedenkt, wie viele Fremde sich dahier längere oder kürzere Zeit aufhalten und wie es vollständig an einem passenden Vereinigungsort für dieselben gebricht, und wie sehr auch in anderen Beziehungen das Unternehmen dem hiesigen Bedürfniß entspricht, so muß man dem Unternehmen baldige Ausführung wünschen.

Heidelberg, 16. Apr. Unserer neulichen Notiz bezüglich des „deutschen Juristentages“ können wir beifügen, daß in Folge einer offiziellen Anfrage eine Vorbesprechung von maßgebenden Persönlichkeiten stattgefunden hat, worin man sich allseitig mit Freuden bereit erklärte, diese wichtige und angelegene Versammlung im kommenden August dahier zu empfangen und ihr jedwede Gastsfreundschaft nach besten Kräften zu erweisen.

Heidelberg, 16. Apr. (Heidelb. Ztg.) Vor einigen Tagen ist auf der Gemarkung Rusploch Nachmittags 2 Uhr ein Waldbrand ausgebrochen, welcher in Kurzem 2 Morgen Gestrüpp und Gesträuch zerstörte und einen Schaden von ca. 200 fl. verursachte.

Rannheim, 17. Apr. (Mannh. Z.) Montag den 19. wird um 8 Uhr Abends im „Prinz Friedrich“ eine Versammlung behufs Anbahnung einer Vereinigung der Konfessionen und Religionen stattfinden.

Letzter Tage hat zu Steinsfurt wieder ein Bürgerabend des Eisenzuges stattgefunden. Hr. Amtsrichter Beck von Redargemünd sprach über die Geschichte des deutschen Rechtslebens (der ganze sehr interessante Vortrag wird vom Einscheimer „Landboten“ zur Veröffentlichung gebracht). Der Besuch war ein sehr starker, und wurde Seitens der anwesenden Landleute die Gelegenheit benutzt, um Hrn. Beck gegenüber den Angriffen des Pfälzer Boten ihre Hochachtung auszusprechen und die Entstellungen des genannten Blattes nach Gebühr zu charakterisiren.

Bühl, 15. Apr. (Bühler Wochenbl.) In der Nacht vom 13. auf den 14. d. verunglückte Bürgermeister Müller von Bühlerthal, welcher Abends von einer Schulprüfung aus dem Oberthal heimkehrte. In Folge eines beschleunigten Geländers stürzte derselbe in die an der Straße hinfließende Billot, in welcher er gestern früh als Leiche aufgefunden wurde. Sein Tod soll nicht durch Ertrinken, sondern in Folge des Sturzes eingetreten sein.

Konstanz, 15. Apr. (Konst. Ztg.) Ein nicht gerade scharfes Wahrzeichen von Konstanz, die bei der Fährbrücke befindliche Pferdeschwemme, im Munde des Volkes spöttisch „Laugelebad“ genannt, wird endlich entfernt werden. Gestern ist mit Abbruch der steinernen Rampe begonnen worden und in Kürze wird dieser häßliche und sogar gefährliche Winkel einer hübschen Anlage Platz gemacht haben. — Der Abbruch des Schachtthores ist vollendet und erregt allgemeine Befriedigung. Die ganze Umgebung hat an Luft und Licht gewonnen. Die Augustinerstraße ist noch einmal so geräumig, und vom Kindermarkt sieht man jetzt gerade auf den Münsterthurm.

In der Konstanzer Zeitung spielen sich derzeit die Vorläufer einer äußerst merkwürdigen Gerichtsverhandlung ab. Das genannte Blatt hatte dem Bürgermeister Mayer von Engen, einem in dortiger Gegend sehr einflußreichen, zur ultramontanen Partei sich hinneigenden Manne den Vorwurf gemacht, derselbe habe bei den letzten Bezirksrats-Wahlen der Kreisversammlung eine förmliche Wahlfälschung ausgeführt und sich mit großem Behagen in einer Weise über diese Sache geäußert, als habe es sich um einen ausgezeichneten Witz gehandelt. Sie stütze sich hierbei insbesondere auf die Aussagen einer als Ehrenmann durchaus bekannten Persönlichkeit, des Ablerswirts Böhm zu Ehingen. Hr. Bürgermeister Mayer stellte alsbald in der Konst. Ztg. den erzählten Vorfall in allen seinen Einzelheiten in Abrede; alsbald nachher aber erfolgte Seitens des Hrn. Böhm und des Hrn. Posthalters Münding zu Engen die Befestigung der gemachten Angaben mit dem Erbieten, die Wahrheit derselben eiblich zu bekräftigen. Auf das Weitere darf man gespannt sein.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Germania“, Kapitän Kier, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Volten, William Müller's Nachf., am 14. Apr. von Hamburg via Havre nach New-York ab. Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 18 Passagiere in der Kajüte und 834 Passagiere im Zwischendeck, sowie volle Ladung.

Frankfurt, 17. Apr. — Uhr — Min. Nachm. Deserr. Kreditaktien 293, Staatsbahn-Aktien 316 1/2, National 55 1/2, Steuerfreie 51 1/2, 1860er Loose 83 1/2, Deserr. Valuta 96 1/2, Aprax. bad. Loose —, Amerikaner 87 1/2, Gold —.

#### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

16. Apr.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelsart.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 6,1"	+ 9,8	0,84	S.W.	b. bed.	fahl, trüb, Nacht Regen
Morg. 2	27° 5,0"	+ 10,2	0,74	S.W.	b. bed.	regn., wind., warm
Nachm. 9	27° 4,1"	+ 7,8	0,84	S.W.	lw. bew.	fahl

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kronlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 18. Apr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Die Meisterfinger von Nürnberg, Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Dienstag 20. Apr. 2. Quartal. 47. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Feuer in der Mädchenschule, Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Dr. Förster. Hierauf: Spielt nicht mit dem Feuer, Lustspiel in 3 Akten, von G. zu Buttlich. „Marie“ und „Winchen“ — Fräul. Luise Martorel vom Thalia-Theater in Hamburg, als zweite Gastrolle. Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr.

3.133. Karlsruhe. Dem Allmächtigen hat es gefallen, unser liebes hoffnungsvolles Söhnchen, Georg Wilhelm, gestern Abend 7/8 Uhr zu sich zu nehmen.

Es starb nach dreiwöchentlichem Krankenlager an den Folgen eines Gehirnleidens im Alter von 4 Jahren und 4 Monaten.

Wir bitten um stille Theilnahme.  
Karlsruhe, den 17. April 1869.  
Geh. Finanzrath M u n c k e.  
Julie M u n c k e, geb. Diez.

3.147. Karlsruhe. Auswärtigen Freunden und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht von dem erfolgten Ableben unseres theuern Satten, Vaters und Schwiegervaters Johann Friedrich Wehrer, Großh. Kameral-Direktor, mit. Er starb am 13. April 1869 nach kurzem Krankenlager an Lungenschwäche.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

3.140. In der Hofbuchhandlung von Karl Aldenhofen in Donaueschingen ist so eben erschienen:

**Gefangenschule für die Volksschule**  
nach Beschlüssen Grundrissen bearbeitet von Jung, Kreis-Schulrath in Willingen, und Ling, Seminaroberlehrer in Ettlingen. gr. 8. 10 Bogen. Preis 1 fl. 36 fr.  
Die hierzu gehörenden Gesangsbücher für die Hand des Schülers in 4 Heften sind im Drucke begriffen.

Z. 145. In der C. F. Winter'schen Verlags-Handlung in Leipzig ist erschienen:

**Paris im December 1861.** Historische Studie über den Staatsstreich von Eugéné Ténoc, Red. des Siècle. Deutsch von Arnold Ruge. 15 1/2 Druckbogen. gr. 8. geh. Preis 1 Thlr.

Das vorstehende Buch ist ein Meisterwerk in seiner Art. Von der ersten bis zur letzten Zeile herrscht in demselben eine Ruhe, eine Gelassenheit ohne Gleichheit, welche kein Kraftausdruck stört. Es erzählt nur, was wirklich geschehen ist, ohne Würdigung der Thatsachen, und trefflich sind darin die Männer des Staatsstreichs geschildert: Napoleon, Fleury, der Mann der That; Morny; Polizeipräsident, v. Maupas.

**Anzeige.** Z. 136. Baden. Der Unterzeichnete hat zur Ausübung der Heilkunde (speziell Electrotherapie und Nervenkrankheiten) hier seinen Aufenthalt genommen.

**Wohnung:** Schillerstrasse 7 parterre.  
**Sprechstunde:** täglich Morgens 10 1/2 - 12 1/2 und Nachmittags 4 - 5 Uhr.

**Ambulatorische Klinik** für Nerven- und Electrotherapie (Montag, Mittwoch und Samstag unentgeltlich) täglich, ausgenommen Sonntags, von 2 - 3 1/2 Uhr.

Freiherr Dr. von Kraft-Ebing, prakt. Arzt.

**Beachtenswerth!**

Z. 910. Ich werde vom 16. April bis zum 19. April einschließlich in Frauenkrankheiten, sowie in Krankheiten der Gasaftase und der Gesichtszüge ärztlichen Rath erteilen. Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr Vormittags im Gasthof zum Erbprinzen in Karlsruhe.

Spezialarzt Dr. Kirchhoffer.

**Sommer, Zahnarzt,**  
23, Alter-Fischmarkt, Straßburg.  
Künstliche Zähne und ganze Gebisse in Kautschuk oder Metall. Ausfüllen hohler Zähne mittelst eines Zahn-Cementes, der den natürlichen Zähnen täuschend ähnlich ist. - Mittel gegen Zahnschmerz, ohne Ausziehen. Z. 1285.

**Epileptische Krämpfe** (Fall-) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstrasse No. 6. Auswärtige brieflich. Schon über Hundert geheilt. Z. 494.

**Kapitalanbieten.**  
6,000 fl. sind gegen 4 1/2 % Zins an eine inländische Gemeinde gegen Unterpfandrecht an Feldgütern oder Waldungen auszugeben. Näheres bei der Expedition dieses Blattes. Z. 1441.

**Bad Erlenbad,**  
Station Achern.

**Gröfnung am 1. Mai d. J.**  
Table d'hôte um 1 Uhr. - Restauration. Omnibus an dem Bahnhof in Achern.

Karl Peter.

Z. 113. Z. 52. Mannheim.

**Lager von asphaltirten Dachpappen**

in Bogen und Rollen aus der Fabrik von Julius Carlsson in Duisburg, sowie von Asphalt Mastix in Broden zum Fertigen von Trottoirs und dergleichen unterhält.

Ph. Jac. Eglinger in Mannheim, Theaterstrasse Nr. 25 (B II Nr. 10 1/2), welcher Preisverzeichnisse und gedruckte Anleitungen zum Eindecken gratis und franco versendet.

## Subscriptions-Gröfnung

auf hypothekarisch gesicherte 3%ige Partialobligationen der Residenzstadt Karlsruhe.

Zur Beschaffung der Mittel für den Ankauf und die Erweiterung des hiesigen Gaswerkes soll, unter Zustimmung des großen Bürgerausschusses vom 5. Februar d. J., ein Kapital von 400,000 fl. aufgenommen werden, wozu unter dem 20. Februar d. J., Nr. 2124, von Großh. Ministerium des Innern die Staatsgenehmigung erteilt worden ist.

Von diesen 400,000 fl. sind jedoch vorläufig nur 150,000 fl. erforderlich, für welche auf den 1. Mai d. J. Partialobligationen ausgegeben werden.

Die Partialobligationen, in Stücke zu 1000 fl., 500 fl. und 100 fl. eingetheilt, lauten auf den Inhaber, können jedoch auf Verlangen auch auf den Namen eingeschrieben werden.

Die Verzinsung findet zu fünf Prozent in Halbjahresraten je auf 1. Mai und 1. November statt, zu welchem Behufe die Partialobligationen mit Zinscoupons versehen sind, die von der Stadtkasse dahier eingelöst werden.

Die Rückzahlung der Partialobligationen erfolgt, vom Jahr 1875 an beginnend, innerhalb 37 Jahren zum vollen Nennwerthe im Wege der Verlosung.

Für die richtige Verzinsung und Verzinsung der ganzen Kapitalaufnahme übernimmt die Residenz-Gemeinde Karlsruhe mit ihrem Vermögen und Einkommen die Haftung und wird überdies das Anlehen durch das städtische Gaswerk selbst hypothekarisch gesichert.

**Subscriptions-Bedingungen.**  
1) Die Subscription findet bei der Stadtkassenverrechnung dahier statt, und werden daselbst von heute an Anmeldungen so lange entgegengenommen, bis die Quote von 150,000 fl. gedeckt sein wird.  
2) Die Partialobligationen werden bei einer Abnahme von Beträgen bis zu 5000 fl. zu 100 % -- von 5000 fl. bis 10,000 fl. zu 99 1/2 % -- und von 10,000 fl. und darüber zu 99 % abgegeben.  
3) Die Einzahlungen können sofort oder gegen Verzinsung der Zinsen zu 5 % vom 1. Mai 1869 an in den Monaten Mai und Juni d. J. bei der Stadtkasse geleistet werden.  
4) Die Stadtkassenverrechnung stellt für die geleisteten Einzahlungen zu 5 % vom 1. Mai d. J. an verzinsliche Interimsscheine aus, welche später gegen definitive Obligations ungetauscht werden.

Indem wir andurch zur Subscription auf dieses Anlehen einladen, glauben wir auf die Solidität desselben noch besonders aufmerksam machen zu sollen.  
Karlsruhe, den 17. April 1869.  
Gemeinderath.  
R a s s e.

**Die Hof-Kunst- und Seidenfärberei**  
von Ed. Prinz, Erbprinzenstr. Nr. 8 in Karlsruhe,  
empfiehlt sich hiermit auf bevorstehende Saison im Neuesten und in allen in dieses Fach einschlagenden Arbeiten unter solider und schöner Ausführung.  
Z. 93.  
Ed. Prinz.

**Liebig's Fleisch-Extract aus Süd-Amerika (Fray-Bentos)**  
der Liebig's Fleisch-Extract Compagnie, London.  
Z. 5.  
Grosse Ersparnis für Haushaltungen.  
Augenblickliche Herstellung von kräftiger Fleischbrühe.  
Bereitung und Verbesserung von Suppen, Saugen, Gemüsen etc.  
Stärkung für Schwache und Kranke.

**Goldene Medaillen auf der Pariser Ausstellung 1867 und Havre Ausstellung 1868.**  
Nur acht, wenn jeder Topf mit Unterschrift der Herren Professoren Baron J. von Liebig und Dr. M. von Pettenkofer versehen.  
Detail-Preise für ganz Deutschland.

1 engl. Pfd.-Topf à fl. 5. 33 kr. 1/2 engl. Pfd.-Topf à fl. 2. 54 kr. 1/4 engl. Pfd.-Topf à fl. 1. 36 kr. 1/8 engl. Pfd.-Topf à 54 kr.

**Zu haben in den meisten Handlungen und Apotheken.**  
Z. 111. Rastatt.

**Sterbkasse-Verein für badische Veteranen.**  
Der am 1. October 1868 gegründete Sterbkasse-Verein für badische Veteranen zählt gegenwärtig 1514 Mitglieder und hat einschließlich des Berechtigtenfonds ein Vermögen von über 10,000 fl.

Zu der Generalversammlung am 14. März d. J. wurde beschloffen, daß vom 1. Juli d. J. an eine Erhöhung der Aufnahmebeiträge, namentlich für Personen im Alter über 30 Jahre, einzutreten habe, während bis dahin die bisherigen Tarife maßgebend bleiben.

Auf Abbleben eines Mitgliedes erhalten die Erben eine baare Geldunterstützung von 300 fl. aus der Sterbkasse ausbezahlt, und es steht in Aussicht, daß diese Unterstützung schon in nächster Zeit auf 400 fl. erhöht werden wird.

Indem wir dieses öffentlich bekannt geben, empfehlen wir den Sterbkasse-Verein für badische Veteranen bei dessen sehr wohlthätigem Zwecke allen bei dem Militär gedienten Personen, und erklären uns gerne bereit, auf Verlangen nähere Auskunft in Bezug auf Aufnahme in den Verein zu erteilen.  
Rastatt, den 12. April 1869.

Der Verwaltungsrath.  
J. Fr. Leiner, Vorstand. H. F. Bauer, Secretär.

Z. 517. Norddeutscher Lloyd.  
**Zwei Mal wöchentliche Postdampfschiffahrt von Bremen nach Newyork und Baltimore.**

D. Berlin	Mittwoch	21. April	nach Baltimore, via Southampton
D. Anion	Sonabend	24. April	Newyork Southampton
D. Anion	Mittwoch	28. April	Newyork Southampton
D. Anion	Sonabend	1. Mai	Newyork Southampton
D. Anion	Mittwoch	5. Mai	Baltimore Southampton
D. Anion	Sonabend	8. Mai	Newyork Southampton
D. Anion	Mittwoch	12. Mai	Newyork Southampton
D. Anion	Sonabend	15. Mai	Newyork Southampton

Passage-Preise nach Newyork: Erste Kajüte 165 Thaler, zweite Kajüte 100 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Preuß. Courant.  
Passage-Preise nach Baltimore: Kajüte 135 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Pr. Ct.  
Fracht Pfd. Et. 2 mit 15 % Prämie per 40 Kubikfuß Bremer Maße. Ordinaire Güter nach Uebereinkunft.

Näheres Auskunft erteilen sämtliche Passagier-Expediten in Bremen und deren inländische Agenten, sowie die Direktion des Norddeutschen Lloyd.  
Grassmann, Director. H. Pators, zweiter Director.

Näheres bei dem Hauptagenten Hrn. W. W. Wirsching in Mannheim, und dessen bekannten H. H. Bezirksagenten. Z. 533.

Z. 549. Norddeutscher Lloyd.  
Ueberfahrtsverträge für diese Postdampfschiffe schließen ab: J. M. Dielefeld, Generalagent in Mannheim, A. Dielefeld in Karlsruhe, R. Dirsch in Weingarten, A. Streit in Ettlingen, Alex. Levisohn in Bruchsal, Jakob Buttenwieser in Denheim, Jos. Gaum in Bretten, Fleischer und Ulmann in Eppingen, Aug. Süß in Graben.

Zu Vertragsabschlüssen empfehlen sich die Generalagenten: Gundlach & Bärenklau in Mannheim; J. Bodenweber, Karlsruhe; A. Grieb, Durlach; Frz. Ed. Pfeiffer, Ettlingen. Z. 565.

Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenheinz in Karlsruhe. Z. 581.

**Gasthof zu verkaufen.**  
Besonderer Verhältnisse wegen ein sehr frequenter Gasthof in einer Hauptstadt Badens. Anzahlung 18 Mille. Anfragen befordern die Herren C a h l e & C o m p., Stuttgart. Z. 963.

**Pforzheimer Cement**  
in bekannter vorzüglicher Qualität empfiehlt zu billigen Preisen die Fabrik von Emil Belfer in Pforzheim. Z. 119.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

**Karlsruher Wasser**  
von F. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe.  
Dasselbe besteht aus den feinsten belebenden und stärkenden Theilen der Pflanzenwelt und ist in einem so glücklichen Verhältnis verbunden, daß es nicht nur als angenehmstes Trichwasser, sondern auch als vorzügliches Unterstütmittel bei Kopfweh, Rheumatis u. s. w. allen ähnlichen Produkten mit Recht vorgezogen wird.  
Preis der ganzen Flasche 30 fr., Röhren von 6 Flaschen 2 fl. 30 fr.  
Verhandt gegen Postnachnahme.  
Verpackung frei. Z. 1867.

Z. 117. Fabr.  
**Kupferschmied.**  
Ein Arbeiter findet dauernde Beschäftigung, auch kann sogleich ein Lehrling eintreten bei J. W. Jaffey.

Z. 131. Baden.  
**Wegen Geschäftsveränderung zu verkaufen.**  
Zwei jährige Schwarzsümmel (Stuten), fehlerfrei, vertraut eingefahren, nebst ungarischem Gespinn. Ein Weißbrot, 6jährig (Bakach). Eine neue und eine ältere Droschke, beide mit Mechanik (Sper-) und Patentradern. 1 Paar Silberplattirte englische Kammgeschirre, 4 Stück Fußgeschirre und ein schwerer Bernerwagen. Näheres bei Jos. Schweigert, Richtenhaller Straße Nr. 69 in Baden.

**Strafrechtspflege.**  
Lebung und Führung.  
Z. 184. Nr. 8911. Freiburg. Am Nachmittage des 10. d. Mts. entkam in einer hiesigen Bierwirtschaft einem Gast ein auf gelbem Bavier gedruckter, preislicher 50-Halerschlein, und dürfte derselbe vielleicht von einem anwesenden Landmann oder auch von einem der dort anwesenden Maurer entwendet worden sein. Es wird gebeten, wenn dieser Schein ausgetauscht wurde, oder noch ausgetauscht werden sollte, hierüber, sowie überhaupt über das hierauf Bezügliche Anzeige anzu machen.  
Freiburg, den 15. April 1869.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
G r ä f f.

**Berwaltungssachen.**  
Polizeisachen.  
Z. 138. Nr. 5288. Bruchsal. Der ledige Schmieb Theodor Reiffner von Langenbrücken will nach Amerika auswandern.

Erwähnen Gläubigern wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, sich entweder außergerichtlich mit dem Schuldner abzufinden oder binnen 8 Tagen ihre Ansprüche vor Gericht zu wahren, da nach Ablauf dieser Frist der Reiffner aus dem Nachlass ausgeschlossen werden wird.  
Bruchsal, den 15. April 1869.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S c h m i t t.

Z. 137. Nr. 2128. Oberkirch. Juliana und Josef Dier von Erlach wollen nach Nordamerika auswandern. Erwähnen Gläubigern wird hievon mit dem Aufhange benachrichtigt, daß sie sich binnen 8 Tagen entweder außergerichtlich mit denselben abzufinden oder ihre Ansprüche vor Gericht zu wahren haben, da nach Ablauf dieser Frist der Reiffner aus dem Nachlass ausgeschlossen werden wird.  
Oberkirch, den 15. April 1869.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
M e y e r.

**Bermischte Bekanntmachungen.**  
Z. 143. Karlsruhe.  
**Amtsdienerstelle.**

Die Amtsdienerstelle bei Großh. Bezirksamt Eindeim mit einem festen Dienstlohn von 500 fl. Gehalt und 42 fl. Monturverlohn ist zu besetzen. Die nach § 6 der landesherrlichen Verordnung vom 30. Mai 1868 (Reg. Blatt Nr. XXXIX) anzuwendenden Bedingungen sind diese Stelle haben die Besetzung innerhalb 14 Tagen, und zwar die Militärpersonen auf dem Dienstweg bei Großh. Kriegsministerium, die Civilpersonen durch Vermittelung ihrer vorgesetzten Behörde, bei dem hiesigen Ministerium einzureichen.

Karlsruhe, den 14. April 1869.  
Großh. Ministerium des Innern.  
S o l l y.

Z. 142. Schloß Scheibensberg.  
**Verde-Versteigerung.**  
Die 11. 4-Pfünder-Batterie läßt am Donnerstag den 22. April d. J. Vormittags 10 Uhr ein Dienstpferd, Braun, Wallach, in Scheibensberg öffentlich gegen Baarzahlung versteigern. Schloß Scheibensberg, den 17. April 1869.  
Z. 139. Karlsruhe.

**Versteigerung.**  
Donnerstag den 22. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, werden im Großh. Markt mehrere abhängige Stadtwagen und Schlitzen, Wagen- und Geschirrtelle, Reit- und Fahrstetel, Reitgäume, messingene und gußeisene Verzierungen, verschiedene Requisiten, darunter eine Circularpumpe mit 140 Pfd. Meißner, abhängige Kesseltheile u. s. w. gegen Baarzahlung öffentlich versteigert; wozu wir die Liebhaber einladen.  
Karlsruhe, den 16. April 1869.  
Großh. Marktverwaltung.

Z. 110. Schönaui. W.  
**Offene Gehilfenstelle.**  
Ein Gehilfe, der sich dem direkten Steuerwesen widmen will, wird gesucht. Eintritt alsobald und Gehalt den Anprüflichen entsprechend.  
Schönaui. W., den 16. April 1869.  
Steuerperquator  
F r a n d.  
(Mit einer Beilage.)